

Neue Partei für den Abzocker-Schutz

Von Hans-Jürg Fehr

Wir haben im Laufe dieser Sommersession beobachten können, wie im Bundeshaus eine neue Partei entstanden ist – die Abzocker-Schutz-Partei (ASchP), entstanden aus der Fusion von FDP, SVP und CVP. Die Abzocker-Schutz-Partei hat ein einziges Ziel: Sie will die Abzocker, Steuerhinterzieher und kriminell handelnden Akteure gewisser Banken unter politischen Schutz stellen. Sie will diesen Leuten ersparen, die Konsequenzen ihres verantwortungslosen und volkswirtschaftlich schädlichen Verhaltens tragen zu müssen. Die Abzocker-Schutz-Partei ist bisher ausserordentlich erfolgreich gewesen:

- Sie hat verhindert, dass vorsätzliche Steuerhinterziehung zur Straftat erklärt wird;
- Sie hat die Anti-Abzocker-Initiative von Thomas Minder auf die lange Bank geschoben und dafür gesorgt, dass es vor den Wahlen 2011 keine Volksabstimmung darüber geben wird (die zum Beispiel den Ober-Abzocker Christoph Blocher in eine ungemütliche Situation gebracht hätte);
- Sie hat verhindert, dass eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) die ehemalige Konzernspitze der UBS durchleuchtet, die verantwortlich ist für den Mega-Schaden, den der Staat Schweiz nun auszubaden hat;
- Sie hat dafür gesorgt, dass es auf absehbare Zeit hinaus keine Bonus-Steuer geben wird, obwohl alle wissen, dass die exzessiven Boni zu den wichtigsten Risiko-Treibern gehören, die zum Absturz der Investmentbanken führten;
- Sie hat wirksame Massnahmen gegen das Grossbanken-Risiko abgelehnt, obwohl ein fixfertiger Gesetzestext der vom Bundesrat eingesetzten hochkarätigen Expertenkommission zur Verfügung stand.

Diese Puzzleteile fügen sich nahtlos zu einem stimmigen Bild: Die bürgerlichen Fraktionen wollen nach der grössten Finanz- und Wirtschaftskrise aller Zeiten rein gar nichts ändern. Sie wollen keine Konsequenzen ziehen. Sie wollen denen, die den ganzen Schlamassel angerichtet haben, weiterhin freie Hand lassen.

Es ist diese Dominanz des Abzocker-Schutzes, die die SP dazu bewogen hat, den Staatsvertrag mit den USA in Sachen UBS nicht einfach bedingungslos zu akzeptieren. Natürlich ist es richtig, dass mit dieser einmaligen Aktion rückwirkend für 4500 mutmassliche amerikanische Steuerhinterzieher das Bankgeheimnis aufgehoben werden soll. Aber es wäre eben mindestens so wichtig zu verhindern, dass die Grossbanken unser Land erneut in eine derart schwierige Lage bringen können. Darum wollten wir zwei wichtigen Risiko-Treibern den Riegel schieben durch die Einführung einer Bonus-Steuer und durch Massnahmen zur Verminderung des Grossbanken-Risikos. Der Bundesrat hat das sehr wohl begriffen und deutlich zu verstehen gegeben, dass bald solche politische Entscheidungen gefällt werden müssen. Die ASchP hat es verhindert.

Die einzige echte Reform, die von beiden Räten beschlossen worden ist, versteckt sich in den zehn revidierten Doppelbesteuerungsabkommen. Sie bringt die Aufhebung des Bankgeheimnisses gegenüber ausländischen Steuerbehörden im Falle von vermuteter Steuerhinterziehung. Selbstverständlich wurzelt diese Reform nicht im freien Willen der Abzocker-Schutz-Partei. Sie ist das Resultat von massivem ausländischem Druck. Es brauchte die graue Liste der OECD und die mit ihr verbundene Androhung von wirtschaftlichen Sanktionen der Staatengemeinschaft gegen die Schweiz, bis der Bundesrat und die ASchP endlich ihren Widerstand aufgaben und eine Norm akzeptierten, die das Steuerhinterziehungsgeheimnis beseitigt. Selbstverständlich hat die ASchP über diesen ausländischen Druck lautstark geklagt und gejammert, aber wir wissen ja seit dem Einmarsch der napoleonischen Truppen vor mehr als 200 Jahren, dass mancher Fortschritt hierzulande von aussen kam.